

Volks-Zeitung

Verantwortlicher: Otto Ruffe, Berlin-Schöneberg

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Gemüse und Obst gut	Preis: Kohlraben und Auslandsgemüse steigend
Kartoffeln 0,30-0,35, Spinat 0,25 bis 0,30	bis 0,15, rote Rüben 0,10-0,15,
0,36, Möhren 0,10-0,12, Blumenkohl 0,40-0,50, Weisskohl 0,10 bis 0,12	Pferdefleisch 0,25-0,30, Tomaten 0,20-0,30, Aspfel 0,20-0,25, Hirsen 0,20-0,40 das Pfund, Kartoffeln 10 Pfund 0,50-0,60, Zwiebeln 0,20 das Pfund
0,20-0,25, Sellerie 0,30-0,40, Kohlruben 0,08	

Druck und Verlag: Rudolf Wolff, Berlin

Te 1.0,10, ausw. n. Zon. Zell	Felgr. d. Wort Berlin 0,08
Rohrpost 0,05, Brief 0,08	Deutschl. 0,15, Danz. Lit. 0,15
Postk. 0,05, F. u. Ost. 0,08	Osterr. 0,15, Tschech. 0,15
Ausl. 0,15, Tschech. u. Ung. 0,10	Ung. 0,21, Ndl. Schweiz. Belg.
Brief 0,05, Fern- u. Ost. 0,15	0,17, Schw. Dan. 0,15, Norw.
Ausl. 0,20, Tschech. u. Ung. 0,20	0,21, Ital. 0,24, Grossbr. 0,27

Die Länderkonferenz ohne Resultat



Die Tagung des internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin
Sitzend das Präsidium, von links: Thalerje, Tschechoslowakei, Generalsekretär Sassenbach-Deutschland, Jouhaux-Frankreich und Mertens-Belgien - stehend von links: Hueber-Oesterreich, Dolmetscher Riemsberger, Marsen-Dänemark, Dolmetscher Staal und Frau de Roos-Öndgeest und Leipart-Deutschland

Wie man sich „einigt“

Formeln, aber keine Ergebnisse — Man drückt sich um den Einheitsstaat

Die Redaktionskommission der Länderkonferenz hat heute über die Fassung des Communiqués beraten, das zu dem ersten Punkte der Tagesordnung „Reich und Länder“ Stellung nimmt. Es haben sich zunächst noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten gezeigt, die aber ausgeglichen worden sind.

Heute nachmittag wird das Communiqué der Vollversammlung vorgelegt. Wenn sich eine längere Diskussion darüber entzünden sollte, so ist durchaus nicht sicher, ob die Konferenz heute zu Ende geführt werden kann. Jedoch spricht vieles dafür, daß man sich auf die Fassung des Redaktionscommuniqués einigen wird. Das Communiqué betont, daß eine weitgehende Reform der Weimarer Verfassung hinsichtlich Reich und Länder notwendig ist. Der Gebante Reichsländer zu schaffen, wird abgelehnt. Vereinbarungen zwischen den Ländern über Verwaltungsvereinfachungen unter Mitwirkung des Reiches werden empfohlen. Da eine Reform mehr im initiativen oder föderalistischen Sinne durchgeführt werden soll, wird offen gelassen. Wie man voraussagen konnte,

ist die Resolution ein Musterbeispiel dafür, wie man mit Worten den mangelnden politischen Willen verschilt.

Dagegen ist noch keine Einmütigkeit über die Verfassungsausführung erzielt. Die Länder vertreten den Vorschlag des sächsischen Ministerpräsidenten Seidl, der zum Kern des kommenden Ausschusses den Verfassungsausschuß des Reichsrats machen möchte. Dieser Ausschuß soll von Fall zu Fall Sachverhalte hinzuziehen. Die Reichsratsmitglieder sind vorgeschrieben, Vertreter des Reichsrats, des Reichstags, des Reichswirtschaftsrats, Kenner der Verwaltungen, der Staats- und Verwaltungsrechtler, Vertreter der Wirtschaft und Arbeitnehmerorganisationen zu einem unabhängigen Ausschuß zu vereinigen. Zwischen beiden Vorträgen muß noch ein Mittelweg gesucht werden.

Die heutige Zusammenkunft war angefüllt von dem Referat des sächsischen Innenministers Ruppel und dem Korreferat des bayrischen Innenministers Dr. Eitel. Beide Referate lag das Thema zugrunde: Verwaltungsreform in Reich und Ländern.

Der sächsische Innenminister führte aus, daß die Frage der Verwaltungsorganisation unabhängig davon behandelt werden könne, wie sich der einzelne zur Frage für oder gegen den Einheitsstaat stelle. In beiden Staatssystemen seien Verwaltungsvereinfachungen und Sparmassen zu fordern. Der sächsische Innenminister befragt dann die Frage der Dezentralisation der Verwaltung. Es sei zu erstreben, daß möglichst viele Verwaltungsaufgaben den Gemeinden und Gemeindeverbänden übertragen werden, und daß der Staat nur Aufsichtsbefugnisse über die Durchführung dieser Verwaltungsaufgaben ausübe.

Der sächsische Innenminister ging dann auf die Mittelinstanzen im Behördenaufbau über. Für Preußen hielt er die Beibehaltung der Oberpräsidien für möglich. Im übrigen aber verlangte er die Beseitigung der Mittelinstanzen, die in ihrem Bestande überflüssig sind, zur Vereinfachung des Aufstiegszuges und Zusammenlegung von Verwaltungsbereichen.

Wilhelms Theaterstieg

Entscheidung des Kammergerichts gegen Piscator

Der gehaltvolle Willensentwurf des Kammergerichts verurteilt heute das Urteil in Sachen Piscator — Wilhelm II. Der Senat wies die Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil zurück. Die einstweilige Verfügung bleibt mit kleinen Abänderungen bestehen. Die Kosten der Berufung gehen zu Lasten des

Schnelldienst

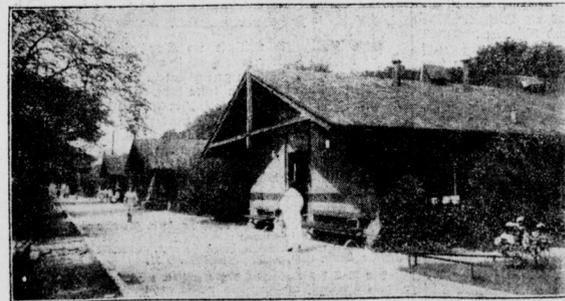
Der parlamentarische Verzicht des Reichstages auf die Wahl des Reichspräsidenten ist ein Zeichen für die konservativen Parteien, die sich nicht für die Wahl des Reichspräsidenten interessieren. Der aus dem Kreis der Konservativen bekannte gewordene Regierungsrat v. Heidebrandt und der Sohn ist an die Regierung in Frankfurt (Oder) berufen worden. Wegen der Berufung der Kommandanten in Brüssel sind drei junge Leute verhaftet worden.

Der französische Senat brachte die radikalen Senatoren Eugène und Germond einen Antrag auf Annahme der politischen Verträge ein. Die sächsische Finanzverwaltung bereitet die Stabilisierung des sächsischen Marktes vor. In Wilna ist ein Streik der sächsischen Arbeiter ausgedehnt; es erregt nur die monarchistische Zeitung „Slowa.“

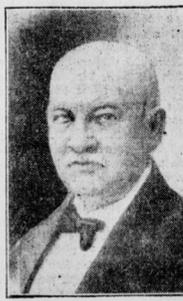
Wahrscheinlich wird die Wahl des Reichspräsidenten in Brüssel über den Wahlmangel in Brüssel bereitet dem sächsischen Wahlrecht zu sagen.



Die Indianer ehren Karl May
Der 108 Jahre alte Häuptling „Grosse Schlange“ begrüßt die Witwe des Dichters
Indianische Totenkugel am Grabe „Old Shatterhands“ in Dresden



Das Moabiter Krankenhaus wird umgebaut
Die Choleraabzaken aus dem Jahre 1870 verschwinden



Otto Heyne
25 Jahre Vorstand der Gastwirte